

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

7. Jahrgang Dresden, Montag den 24. August 1931 Nummer 149

## Streikbeschuß der Straßenbahner

### 4% + 2,5% Lohnraub! Ab November noch 4,5%! Wählt Streikleitungen, tretet überall in Streit!

### Sie wollen 190 Millionen aus den Gemeindearbeitern pressen

In den gestrigen Verhandlungen vereinbarten die Arbeitgeberverbände mit den reformistischen und christlichen Boykott ein ungeheuerliches Lohnraub gegen die Gemeindearbeiter. Danach sollen die Löhne ab 27. August um 4 Prozent verringert und der Frauennachschlag ganz abgeschafft werden; das macht zusammen eine Kürzung von 6,5 Prozent aus. Diese Regelung soll bis 31. Oktober gelten. Vom 1. November ab erfolgt eine neue Kürzung der Löhne um weitere 4,5 Prozent! Zusammen mit der Lohnkürzung zu Anfang dieses Jahres, die bis 8 Prozent betrug und der Lohnkürzung durch Arbeitszeitverminderung von 48 auf 44 Stunden, was circa 9 Prozent weniger Lohn bedeutet, werden also den Gemeindearbeitern in diesem Jahre insgesamt 28 Prozent, mehr als ein Viertel des Lohnes geraubt. Dabei steigen die Preise, von der Bürgersteuer usw. schon gar nicht zu reden. Die Antwort der Gemeindearbeiter muß sein: Sofortige Stellungnahme, sofortige Streikbeschlüsse, Wahl von Streikleitungen, Eintritt in den Streit!

Trotz einwöchiger Verhandlung haben die Bürokraten der reformistischen Gewerkschaften mit dem Arbeitgeberverband der kommunalen und öffentlichen Betriebe den Lohnraub für die Gemeindearbeiter vereinbart. Vorgesehen sind 4,5 Prozent Kürzung und Beseitigung des Frauennachschlags von der 3. Augustwoche ab. Das ist 6,5 Prozent Lohnraub sofort und 4,5 Prozent weitere Lohnsenkung ab 1. November. Somit ist eine Lohnsenkung von rund 11 Prozent vereinbart, die insgesamt den Gemeindearbeitern etwa 80 Millionen Mark Jahresverdienst raubt.

In der gestern vom Gesamtbetriebsrat einberufenen außerordentlich stark besuchten Straßenbahner-Versammlung in Dresden sprachen sich die Dresdner Straßenbahner gegen den Willen der arbeiterrätlichen Boykott einstimmig für den Streit unter Führung der KPD aus, forderte die Bahnhöfe zur sofortigen Bildung von Streikleitungen auf und beschloß, eine zügige zentrale Streikleitung zu wählen. Jetzt also sofort Streikbeschuß in den Bahnhöfen und Wahl der Streikleitungen! Die Straßenbahner sind der Solidarität der Volksmassen, aller Arbeiter, aller Erwerbslosen und des notleidenden Mittelstandes sicher. Heraus zum Streit!

Das ist aber nicht die alleinige Schmälerung des Einkommens der Gemeindearbeiter, welche die Gewerkschaftsboykott am Kerzhölz haben. Bereits am Jahresbeginn haben die Gemeindearbeiter eine Lohnsenkung bis zu 8 Prozent erlitten. Dazu kommt noch der Lohnraub durch Arbeitszeitverminderung in diesen Gemeinden, die bekanntlich in Dresden 4 Stunden beträgt und eine Lohnsenkung von rund 8 Prozent bedeutet. So sind insgesamt 27 Prozent der Gemeindearbeiterlöhne bis zum 1. November gekürzt, insgesamt etwa 190 Millionen Mark für das Jahr 1931. In der Tat, eine grausige Bilanz reformistischer "Erfolge".

In der Straßenbahner-Versammlung (ausführlicher Bericht siehe Seite 4) wurde einstimmig beschlossen:  
Die Betriebsversammlung der Dresdner Straßenbahn-KAG am Sonntag dem 23. August im Regleheim nimmt Kenntnis von den Betriebsbeschränkungen, Entlassungen, Lohnraub, wie sie die Direktion nach dem Bericht des Betriebsrates durchführen will. Die Betriebsversammlung erkennt, daß mit dieser Erklärung der Direktion die Notverordnung vom 5. Juli rechtlos auf die Gemeindearbeiter angewandt wird und daß sich dieser Angriff nicht nur gegen 100.000 Gemeindearbeiter, sondern zugleich gegen Hunderttausende von Wohlfahrtsarbeitern und andere Schichten richtet. Es geht nicht nur um den Abbau der Löhne und Gehälter, sondern um die Zerstörung der letzten tariflichen Sicherungen und um die Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nach der Willkür der Unternehmer.

fort örtliche Streikleitungen zu wählen. Die Betriebsversammlung der Straßenbahner gestellen u. Beamten auf, sich dem Vorgehen anzuschließen, fordert die übrigen Gemeinde- und Berufsarbeiter, An- und überall gegen den erneuten Vorstoß des Unternehmertums, der unter dem Deckmantel der „nationalen Selbsthilfe“ erfolgt, ebenfalls den Streit zu beschließen.

Das Ausmaß des reformistischen Lohnraubkurzes ist aber damit noch nicht voll gemindert. Es ist außer diesem direkten Lohnraub noch die maßlose Entlassung von Gemeindearbei-

## Neue einschneidende Notverordnung!

### Ämtliche Bekanntmachung Brünings / „Einschneidende Sparmaßnahmen“ in Ländern und Gemeinden „Das bestehende Landesrecht“ wird diktatorisch beiseite geschoben

Die Brünings-Regierung erklärt heute ämtlich, daß sie über die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden ein „umfassendes Gesamtprogramm“ herbeiführen wird. Wörtlich heißt es in der ämtlichen Mitteilung: „Insbesondere gilt es, die Landesregierungen schon jetzt in den Stand zu setzen, einschneidende Sparmaßnahmen für sich und die Gemeinden durchzuführen, ohne dabei durch bestehendes Landesrecht etwa in wesentlichen Punkten behindert zu werden.“

Die ganze Tragweite dieser neuen Diktatorverordnung ist klar: 1. Die „einschneidenden Sparmaßnahmen“ bedeuten die Kürzungen der Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten in Land und Gemeinden, weitere Kürzungen der Unterhaltungen für die Fürsorgeeinrichtungen, Schließung von Krankenhäusern, Zusammenpflanzung der Kinder in weniger Schulzimmern, Einstellung von Bauern, neue Massenentlassungen — kurz: Elend, notter Hunger für Volk.

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition fordert die Arbeiterkraft auf, den Angriff des Klassenverrats loszulassen und sofort unter Führung der KPD in den Streit zu treten für nachstehende Forderungen:

Das Reichskabinett hat daher in der Sonnabend Sitzung beschlossen, dem Herrn Reichspräsidenten den Erlass einer Verordnung zur Sicherung der Haushalte“ vorzuschlagen, durch welche die Landesregierungen ermächtigt werden, alle Maßnahmen, die zum Ausgleich der Haushalte von Ländern und Gemeinden erforderlich sind, im Verordnungswege vorzuschreiben und dabei von dem bestehenden Landesrecht abzuweichen. Die Landesregierungen können insbesondere bestimmen, daß und in welcher Weise die Personalangaben und andere Ausgaben der Länder und Gemeinden herabgesetzt werden ...

2. Die ausdrückliche Ermächtigung, „vom bestehenden Landesrecht abzuweichen“, bedeutet noch offener Diktator und kennzeichnet die fortschreitende Durchführung der faschistischen Diktatur durch Brünings-Schick-Verding.

1. Gegen jeden Lohn- und Gehaltsabbau.
2. Für 7-Stunden-Tag, 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich.
3. Für Einstellung von Erwerbslosen entsprechend der Arbeitsnachfrage.
4. Vermeidung der Heberhölle der Dresdner Straßenbahn AG für Weiterbeschäftigung aller Arbeiter, Angestellten und Beamten ohne Lohn- und Gehaltskürzung.
5. Abbau der Direktion und der oberen Beamtenstellen.
6. Für Festlegung der Gehälter auf höchstens 500 RM pro Monat.
7. Herabsetzung der Fahrpreise trotz Steigerung des Verkehrs und damit Erhöhung der Einnahmen.

Das alles wird getätigt in erster Linie von der SPD sowie auch von der Nazi-Partei. Nur die KPD kämpft mit den Massen für die Massen. Darum eben die Hege gegen diese einsige Partei des Volkes.

Die Betriebsversammlung beschließt zur Durchführung dieser Forderungen eine zentrale Streikleitung von mindestens 30 Delegierten zu wählen.  
Auf allen Bahnhöfen sind in Betriebsversammlungen so-

Sofortige Stellungnahme in allen Betrieben, Stempelstellen, Büros ist das Gebot der Stunde!

## Pleite der Dresdner Polizeiaktion

### SPD-Blatt gesteht verlegen: „Mageres Ergebnis“ / Verfahren gegen Gen. Selbmann

## Zusammenstöße in Aue

Die bürokratische Telegraphen-Union, Sachverständigenrat, meldet: Aue, 22. August 1931. Im Rückblick an die vom Streik auslösende Opposition einberufene Versammlung verurteilten etwa 200 Mann geschlossen vor das Stadthaus zu ziehen. Die Polizei riegelte die zum Stadthaus führende Goethestraße ab und ließ die Demonstranten auf, auseinanderzuziehen. Da die Demonstranten dieser Aufforderung nicht nachkamen, vielmehr verblieben, die Polizeistatute zu durchbrechen, machte die Polizei vom Gummiknüppel Gebrauch und schließlich die Schußwaffen fertig machen. Es gab auf Seiten der Polizei und der Demonstranten mehrere Verletzte. Einige Rädelsführer wurden verhaftet. Nachdem Polizeierkennung auch aus Zwickau einbestellt war, wurde die Räumung des Marktes und der anschließenden Straßen vorgenommen, wobei ebenfalls noch einige Verhaftungen erfolgten.

Das Dresdner Polizeipräsidium macht Mitteilungen über eine einjährige Pleite. Das Ergebnis ist in allgemeiner Worten von „hochverräterischen Treibern“, von der „Stellung“ von 2000 Stück beschlagnahmten Revolverpatronen, von Zeitschriften und einem „Sonderpressdienst“. Das ist so ziemlich alles, mit dem das Präsidium den Erlass eines richterlichen Haftbefehls gegen die 13 verhafteten Arbeiter zu erklären, sich abmüht. Kennzeichnend ist, daß die Dresdner Volkzeitung, dieses schändliche Kontroversenorgane Heftblatt am Sonnabend verlegen einen Artikel bringt, betitelt: „Wozu das Geschrei? Mageres Ergebnis der Polizeiaktion gegen die KPD.“

radikalen Organisationen, besonders bei den Nationalsozialisten entfallen würde.“

In diesem Artikel des SPD-Blattes heißt es wörtlich: „Wir müssen schon sagen, daß das hier von der Polizei mitgeteilte Ergebnis recht mager ist, denn der erste Polizeibericht ließ die Vermutung aufkommen, als ob von der KPD besondere Aktionen geplant gewesen seien. Es wäre gut, wenn die Polizei ihre Nachforschungen mit demselben Eifer wie gegen die Kommunisten auch (!!!) bei den rechts-

Das SPD-Blatt bittet die Polizei um Hauptaufklärung „auch (!!!) bei den ... Nationalsozialisten“ — eine Heuchelei, durch die die Empörung der SPD-Arbeiter gegen den Terror aufzulösen und zu neuen Aktionen gegen die KPD ermuntert werden soll.

Inzwischen hat denn auch die Dresdner Staatsanwaltschaft wegen Verletzung von Wahlstatuten zum 1. Mai auf dem Parteihaus der KPD gegen den Gewerkschafter Selbmann, den die Staatsanwaltschaft als verantwortlich bezeichnet, ein Strafverfahren eingeleitet und die Aufhebung seiner Immunität im Preußischen Landtag beantragt.

Nach überall entzündete Arbeitseinstände gegen die Verbote und Verbote der Hauspreise, die die Hege zur Ablenkung der Massen von der Hungerfrage braucht. Werbt der Hunger nach für die

Arbeiterstimme und das Volksgesetz.

# Gewaltige Aufmärsche bei Roten Tagen

## Riefenbeteiligung im Berliner Stadion / 45000 Demonstranten im Wuppertal

Berlin, 24. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Rote Tag im roten Berlin am gestrigen Sonntag gestaltete sich zu einem gewaltigen Massenaufruf des revolutionären Proletariats. Bereits lange vor Beginn des Programms war das Stadion in Neufölln gefüllt. Nach Meldungen der Welt am Abend sagte Heinz Neumann, der Redner des Tages, daß man jetzt sämtliche Morde, Verbrechen und Diebstähle den Kommunisten in die Schuhe schiebe. Die Rotenordenung lege aber den Angegriffenen einen Maulkorb um, der es unmöglich mache, sich zu verteidigen. Trotzdem wächte die Partei und die Frage, daß ein freies sozialistisches Deutschland komme, sei jetzt nur noch zeitlich bedingt.

In der Umgebung des Neuföllner Stadions waren starke Polizeikräfte zusammengelagert. Ständige Postenreihen zu Fuß, zu Pferde und in Autos durchstreiften die Umgebung. Es ist nirgends zu erheblichen Zusammenstößen gekommen.

Wuppertal, 24. August. (Eigene Meldung.)

Am Sonnabend und Sonntag fand unter ungeheurer Beteiligung in der Doppelstadt Wuppertal der rote Sport- und

Kulturtag des Bezirks Rinderrhein statt. Die Zahl der Teilnehmer betrug 45-50000. Mehr als zwei Stunden dauerte der Vorbeimarsch des Zuges. Die beiden Sporttage waren bereits vor Eintreffen des Zuges halb gefüllt. Tausende bildeten Spalier. Die am Sonnabend stattgefundenen Feiern und die drei Paradedemonstrationen wurden abgehalten. Mehr als 15000 nahmen daran teil. Der Verlauf des roten Kulturtages ist das wichtigste Zeugnis des unaufhaltsamen Vormarsches der roten Kultur- und Sportbewegung und des Kommunisten

## Unglücksfall bei der Fahrt

### Auto gerät ins Schleudern — Sportwagen verliert

Die Welt am Montag meldet: Ein Volkstrauertag im Biergarten, der mit 100 Kommunisten besetzt war, die zum Sport- und Kulturtag nach Wuppertal wollten, geriet bei Wuppertal ins Schleudern. Der Anhänger hüpfte um und wurde über 100 Meter weit fortgeschleift. 12 Personen wurden schwer und 16 leicht verletzt.

# Gegen die Verbots- und Lügenheke!

## Erklärung der KPD Sachsen

Höhen und Gewalttätigkeiten zwischen Arbeitern zu verhindern.

Die Erklärung des Gen. Selbmann zeigt die völlige Isolation und Verlogenheit der sozialdemokratischen Führer, die, wie die Leipziger Volkswacht am Montag nicht nur aus dem Leipziger Zusammenstoß in Leipzig sondern auch Kapital zu schlagen versucht.

## Mitteilung des ZK der KPD

Dem Sekretariat des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands wird mitgeteilt:

Die KPD am 22. August 1933 enthält die Behauptung, daß während der Besetzung des Karl-Dietrich-Hauses in einem „bisher unbekannt gebliebenen Raum im Keller“ Kassematerial gefunden sei, auf Grund dessen die Besetzung der Polizei erfolgt sei. Diese Behauptung ruht auf freier Erfindung. Bei sämtlichen, während der Besetzung des Karl-Dietrich-Hauses vorgenommenen Hausdurchsuchungen der letzten Woche wurde entweder gar nichts oder lediglich alte Walfalutur beschlagnahmt. Jeglichen Zusammenhang zwischen diesen Beschlagnahmen und angeblichen Waffenschatzen der Polizei besteht nicht. Alle angegebenen Zeitangaben sind bewusste Lügen.

Einen besonders niederträchtigen Versuch, die Kommunistische Partei zu verkommen, stellt die Meldung des „Volkswacht“ vom 22. August dar, die die Entdeckung eines Waffenschatzes in der Lillier Straße 85 zu Berlin denunziert, um die Kommunisten das Eisenbahnmaterial von Jüterbog in die Schuhe zu schieben. Das sogenannte Waffenschatz in der Lillier Straße stellt selbst nach bürgerlichen Maßstäben ein solches Material aus der Kriegszeit dar. Die KPD hat nicht die mindeste damit zu tun. Die „Volkswacht“-Meldung stellt eine genaue Kopie aus der Luft gegriffene Verleumdung dar, die durch die auf Grund deren der „Angriff“ verboten wurde. Bei dem oben erwähnten Material von Jüterbog befand sich unter den Partisanen der betroffenen Zuges in einem der verunglückten Eisenbahnwaggons der Bezirkssekretär des dortigen Bezirks der KPD, Reichstagsabgeordneter Wilhelm Koenen. Er nahm an dem Rettungswagen lange vor dem Eintreffen des Rettungszuges der KPD, daß den arbeitslosen Anteil. Wenn diese Tatsache bekannt ist, genügt die Wahrheit einer Behauptung von Zusammenhängen zwischen der KPD und dem Eisenbahnmaterial.

Alle diese Zeitungsmeldungen dienen lediglich der Verleumdung gegen die Kommunistische Partei und der Kollaboration mit den schweren Räten des deutschen Volkes.

hervorzuheben, die allein im Dresden fast 1000 beträgt. Der „Ausgleich“ ist auf der anderen Seite erhöhte Ausbeutung der noch im Besitz verbliebenen Arbeiter und „Spornmaßnahmen“, wie teilweise Vermineralisierung der Straßenbeleuchtung, Schließung von Krankenhäusern und Stilllegung angelegener Straßen. Dazu kommen weiter auf das Konto sozialistischer Parteien die neuen Wahlen durch Reger, Arbeiter, Zoll, Erhöhungen, als Ergebnis der von der SPD tolerierten Notverordnungsmaßnahmen.

Die Intimität der SPD-Presse ist einzig dastehend. Der Lügen-Vormarsch scheint frech:

„Nach einer vollen Woche ungenügender und hartnäckiger Verhandlungen ist es gelungen, eine Verkündung zu erzielen. Nicht nur die direkt interessierten Gemeindeführer, auch die gesamte Arbeiterschaft und darüber hinaus die gesamte Öffentlichkeit wird diesen Ausgang begrüßen.“

Wir glauben nicht, daß der Arbeitergewerkschaftsverband und die interessierten SPD-Konzen allein diesen ungeheuerlichen Lohnraub begründen, weil einmal der Konflikt des kapitalistischen Systems auf die Gemeindeführer und die Werkstätten abgemildert wird, die Kaufkraft zurückgeht, die Verfallsfrist der noch mehr abnimmt und die Arbeitergewerkschaften gegen die übrigen Lohn- und Gehaltsempfänger vorzugehen versucht, wenn es gelingen sollte, das geplante Klientel auf die Gemeindeführerlöhne zu vermindern.

Dieselbe Linie wie die SPD-Führer beziehen auch die Nazis. Natürlich werden diese Volksbetrüger eine konkrete Stellungnahme. Aber an den Plänen des Großkapitals, die in der Nazi-Presse täglich als „Rettenmaßnahmen“ gefeiert werden, ist zu erkennen, daß die Nazi-Führer ebenso wie die SPD-Konzen gefasste Lafaien sind. So schreibt ein Generaldirektor Kötter in einem Artikel im Völkischen Beobachter am Sonnabend:

„Es wäre besser gewesen, wenn wir schon früher begonnen hätten, einzulichen, daß das Verden aller Deutschen in dem deutschen Tarifrecht einfach nicht möglich ist. Warum mußte der Beweis erst bis zu Ende erbracht werden?“

Dieser Ausbeuter, den das Nazibild ein riesiges Bild einräumt, verlangt, daß auch der letzte Schein der Lohnarbeit beseitigt wird, und jeder einzelne Arbeiter und Angestellte somit ein Spielball der Lohnräuber ist. Die Einheitsfront der SPD-Führer, Nazis und der Millionäre gegen die Werkstätten tritt immer klarer hervor. Zur Rettung des Profits der Großkapitalisten sind sie zum Ausbeuten bereit und verlassen von ihrem sozialen Volksbetrug durch eine infame Hege gegen die KPD abzulernen.

Die Arbeiter denken aber nicht daran, die Kosten für den Konflikt der sozialistischen Bourgeoisie weiter zu tragen. Trotz der gerissenen Tricks der Gewerkschaftsbürokratie lassen die Gemeindeführer vielerorts Beschüsse. Jedes Lohnraub mit losertigem Streik zu beantworten. Auch der Versuch der SPD-Führer, den am Sonnabend vereinbarten Lohnraub als „relativ gering“ und deshalb als „Erfolg“ der Gewerkschaften hinzustellen, scheiterte an der Aufklärungspropaganda der KPD und führte zur Stärkung des einmütigen Kampfwillens der Arbeiter. Dabei ist von besonderer Bedeutung, daß wie jetzt auch wieder in der Dresdener Straßenbahnerversammlung, sozialdemokratische, christliche und unorganisierte Arbeiter geschlossen unter Führung der KPD gegen die Lohnraub-Bürokratie ankämpften. Dem einstimmig gefassten Streikbeschluss der Dresdener Straßenbahner muß jetzt die sofortige Wahl von Streikleitungen in allen Betriebsbetrieben und der Eintritt in den Streik folgen. Die Gemeindeführer werden sich nicht gegeneinander auspielen lassen, sondern unter KPD-Führung geschlossen zum Gegenangriff marschieren. Nicht nur die Lohn- und Gehaltsempfänger und Gewerkschaften, sondern die gesamte werktätige Bevölkerung wird den Kampf der Gemeindeführer gegen jeden Pfennig Lohnraub durch Massenaktivitäten unterstützen. Mögen die Arbeiterbewegung sehen, der Sieg der einheitsfrontlichen Streikfront ist gewiss.

## Berschräfter Streik in Gostwig

(Arbeiterkorrespondenz 1878)

Seit Freitag befinden sich die Bauarbeiter der Firma Seidel im Streik. Die Bauwerksbesitzer haben am Sonnabend erklärt, daß sie mit dem Streik nichts zu tun haben. Auf Grund dieser Stellungnahme der FSB-Führer hat der Unternehmer Seidel erklärt, am Montag früh könnten alle wieder zu den alten Bedingungen anfangen, andernfalls die gesamte Belegschaft entlassen würde. Eine am Sonnabend folgende Streikversammlung hat einstimmig beschlossen, den Streik unter Führung der KPD weiter zu führen. Die anwesenden Gewerkschaften erklärten sich solidarisch mit den Streikenden und gelobten, alle Kräfte für den Sieg der Streikenden einzusetzen.

## Oberleutnant Wendt entflohen

Stettin, 24. Aug. (Eig. Drahtmeldung.)

Wie bereits die Sonntagblätter meldeten, ist Oberleutnant Wendt, der im gleichen Prozess mit Scheringer zu einer Festungshaft in Gollnow verurteilt wurde, aus der Festung entfliehen. Obgleich am Sonnabend noch nicht feststand, ob es sich nur um eine eigenmächtige Urlaubsüberziehung oder um Flucht handelte, steht jetzt einwandfrei fest, daß Wendt entflohen ist. Es ist zu vermuten, daß er von politischen Freunden, wahrscheinlich Angehörigen der Stragelgruppe, im Auto abgeholt wurde. Die politischen Ermittlungen führten bisher zu keinem Ergebnis.

# Schwere Regierungskrise in England

## Bildung eines Koalitionskabinetts der Konservativen, Liberalen und Sozialdemokraten geplant

### Abwägung des Defizits auf die Massen

Das englische Kabinett des Sozialistischen Macdonald macht eine schwere Krise durch, die sich am heutigen Sonntag besonders ausgeprägt hat. Der Ernst der Lage kam schon am Sonnabend dadurch zum Ausdruck, daß man mit der in England so hochgehaltenen Tradition des Werkens brach und eine Kabinettskrise einbrachte. Der englische König hat seinen Urlaub abgebrochen und ist am Sonntag morgen 8 Uhr nach London zurückgekehrt. Der Premierminister war gleich am Sonntag mittags zum König beim König „und her“ — wie gewöhnlich betont wird — „den Monarchen gebieten, sich auch von Führern der beiden Oppositionsparteien Boetrag halten zu lassen.“ (Berliner Montagspost.) Es waren auch gleich nach ihm die Führer der Liberalen und der Konservativen, Sir Herbert Samuel und Baldwin, beim König. Es erschienen dann

## Pensionskürzung — Brüning überläßt sie dem Reichstag

Nach einer amtlichen Mitteilung der Brüning-Regierung wird darauf hingewiesen, daß der Reichstag die Vorwürfe gemacht werde, sie habe in der Herabsetzung der hohen Pensionen nicht das Erforderliche getan. Dazu erklärt die Brüning-Regierung u. a., der Entwurf sei im Reichstag festgeschrieben und fährt wörtlich fort:

„Angesichts der Schwierigkeiten, die in dieser Sache insofern liegen, als ein Eingriff in verfassungsmäßig geschützte Rechte in Frage kommt, hält die Reichsregierung eine Entscheidung durch den Reichstag für zweckmäßig.“

Wo es sich um die Kürzung der hohen Pensionen handelt, wird die Brüning-Regierung verfassungsmäßig. Da mag sie keine Notverordnung erteilen, sondern überläßt die Frage dem Reichstag, der ... nicht zusammentritt.

Baldwin, Chamberlain und Samuel in der Kabinettsitzung. Es handelt sich bei der Regierungskrise, deren Untergrund die wirtschaftliche Linie Englands ist, darum, daß Macdonald das Budgetdefizit von 2,4 Millionen Mark dadurch ausgleichen will, daß er zur Hälfte neue Steuern erhebt und zur anderen Hälfte Einsparnisse besonders aus der Arbeitslosenversicherung machen will. Damit sind nicht alle Kabinettsmitglieder einverstanden. Jetzt gehen die Verhandlungen dahin, ein Koalitionskabinetts mit den Liberalen und Konservativen zu bilden (starke Koalition nach deutschem Muster). Sollten diese Verhandlungen scheitern, dann muß Macdonald zurücktreten. Das englische Beispiel zeigt, daß die Sozialdemokraten in allen Ländern gern bereit sind, die Interessen der Werkstätten für die des kapitalistischen Staates zu verraten.



Der bayerische Ministerpräsident steht im Zentrum einer Rede, in der er sagte, Bayern wehre sich mit Händen und Füßen gegen die heuchlerische Reichsreform. Die Reichsregierung würde die Main-Linie in ihrer vollen Breite aufreißt. Bayern würde den Kampf bis zum Äußersten führen. Diese Erklärung kennzeichnet scharfe Differenzen innerhalb der deutschen Bourgeoisie. Die Arbeiterklasse sieht in der Reichsreform Brüning-Sewerings eine Verschärfung der Durchdringung der sozialistischen Diktatur, die härtere Zentralisierung der kapitalistischen Staatsgewalt. Eine wirkliche Reichsreform im Interesse der Massen wird nur ein freies sozialistisches Deutschland bringen.







## Steuern zahlen nur die Bertätigen

180 Millionen Ausfall durch nichtbezahlte Steuern hat der Etat der deutschen Republik im Monat Juli

Wer hat sie nicht bezahlt? Diese Frage ist für die Arbeiter, die ihre Steuern gleich vom Lohn oder Gehalt abgezogen bekommen, nicht schwer zu beantworten. Die Herren der Hofhaltung und der Industrie, die Bankherrscher und die Kapitalisten verstehen in punkto Steuerhinterziehung ihr Geschäft anscheinend sehr gut.

180 Millionen werden durch eine Hand voll Kapitalisten in einem Monat an Steuern hinterzogen.

Diese Summe ist so groß, wie die Mietsteuer der gesamten Mieterchaft in Deutschland.

Der Bauer und Mittelständler können Steuern nicht hinterziehen, da sie damit ihre wenigen Eigentümer, die sie zur Erhaltung ihrer Existenz notwendig brauchen, an den Gerichtsvollzieher ausliefern würden. Wenn aber die Industriecapitalisten Steuern zahlen, kann man nicht eingreifen, denn deren Betriebe sind „im Interesse der darniederliegenden Wirtschaft“ tot. Wenn man eingreift, dann nur mit diesen Subventionen.

Die Profiteure sind gewaschen, Abwehrmaßnahmen zu ergreifen. In diesen Dingen stellt die Arbeiterchaft bereits auf Grund ihrer elenden Wirtschaftslage die Zahlung der Steuern ein. Zum größten Teil beträgt die Miete 40-50 Prozent ihres Einkommens. Das dabei der Mieterstreik kein Wunder ist, begreift jeder. Die Arbeiter.

verteidigen lediglich ihr Leben und das Leben ihrer Frauen und Kinder vor dem drohenden Hungertod.

Eine geschlossene Kampffront aller Arbeiter, aller Erwerbslosen, aller Unterhaltungsempfänger, aller Kriegsopfer und Invaliden, Klein- und Sozialrentner, unter Führung der SPD wird aber nur allein fähig sein, grundlegende Veränderungen zu schaffen und ein für allemal keine Wirtschaft zu machen.

Deshalb mobilisiert alle das Volk für den Kampf um Arbeit, Freiheit und Brot.

## Kampf gegen Faschismus und Sozialfaschismus

Solidarität mit den Opfern des faschistischen Terrors

In allen kapitalistischen Staaten erfolgt der Zusammenbruch des kapitalistischen Systems im Zeichen einer rapiden Faschisierung des Staatsapparates, besonders aber der Justiz und des Straßensystems. Das gilt besonders für Polen, Deutschland die baltischen Republiken, Italien, aber auch für die Vereinigten Staaten von Amerika, China und die großen Kolonialgebiete Frankreichs und Englands in Afrika.

Immer öfter tritt an Stelle formaler demokratisch-parlamentarischer Regierungssysteme die faschistische Diktatur, faschistische Heberfelle auf Arbeiter und revolutionäre Bauern, Ermordung derselben, Zerstörung von Sekretariaten und Eigentümern der Organisationen der Arbeiterklasse, Polizeiterrord, Verhängung von Unmenschlichkeiten und Organisations-Verboten, Preisfestschaltung gegen die Hoffendbewußte Arbeiterchaft und revolutionären Bauern sind an der Tagesordnung.

Den verhängten weißen Terror kennzeichnen Massenverhaftungen, Mißhandlungen und Folter der Verhafteten, willkürliche Erschießungen und Todesurteile. Die Faschisierung des Straßensystems findet ihren Ausdruck in der weiteren Entrechtung der Untergrundorganisationen, im Entzug sämtlicher Vergünstigungen, welche die politischen Gefangenen bisher gegenüber den Kriminellen hatten. Am stärksten wirkt sich dieser Prozeß gegenwärtig in Polen aus und zwingt dort die politischen Gefangenen zur verzweifelten Selbsthilfe.

Es ist proletarische Pflicht des Klassenbewußten Arbeiterchaft und darüber hinaus aller Bertätigen, mit den Opfern dieses faschistischen Regimes Solidarität zu üben und den Kampf gegen die fortschreitende Faschisierung, gegen den verhängten weißen Terror und gegen das Gewaltregime sozialfaschistischer Helfershelfer der Bourgeoisie gegenüber dem Proletariat aufzunehmen. Durch eine breite internationale Kampagne wurde die polnische Regierung gezwungen, Todesurteile, die sie über drei junge Arbeiter verhängte, die der Verbreitung revolutionärer Literatur bezichtigt wurden, zu annullieren, ebenso bedeutsam ist die internationale Protestaktion gegen die amerikanischen Todesurteile, willkürlich verhängt gegen 8 Regentinnen. Wir erinnern an die breite Solidaritätskampagne, die zur Zeit in Deutschland von der Kommunistischen Partei, der Roten Hilfe der Internationalen Arbeiterhilfe, der revolutionären Gewerkschaftsopposition und anderen proletarischen Massenorganisationen durchgeführt wurde.

Wir wenden uns an alle proletarisch-revolutionären Organisationen, an alle Proletarier, schaffenden Bauern und an den gewerblichen Mittelstand, die alle durch den kapitalistischen Staat und die kapitalistische Profitwirtschaft bedroht sind und rufen sie zu gemeinsamen Massensendungen auf, wir appellieren an linksgerichtete Schriftsteller, Künstler und andere Intellektuelle und rufen sie auf, sich an den gemeinsamen Protestsendungen unter den Bedingungen zu beteiligen:

- Kampf gegen weißen Terror, Klassenjustiz und Faschisierung des Straßensystems.
- Kampf gegen Ausnahmegerichte, Presse- und Demonstrationenverbot!
- Für internationale proletarische Solidarität
- Rote Hilfe Deutschlands
- Internationale Arbeiter-Hilfe
- Kampfbund gegen den Faschismus
- Verband proletarischer Freidenker.
- Reichsmittee der Revolution, Gewerkschaftsopposition
- Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit.
- Internationaler Bund d. Opfer d. Krieges u. d. Arbeit
- Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen.
- Bund der Freunde der Sowjetunion.
- Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur.
- Freier Radlobund Deutschlands.
- Bund der revolutionären Schriftsteller.
- Assoziation revolution. bildender Künstler Deutschlands
- Sozialistischer Schülerbund.
- Rote Studentengruppe.

## Einbruch im DBP-Stadion

In der Zeit von 2 bis 6 Uhr wurde in der Nacht von Donnerstag bis Freitag in dem Geschäftszimmer des DBP-Stadions eingebrochen. Der Dieb muß mit der Verlässlichkeit sehr vertraut gewesen sein, denn es gelang ihm, die dem Verein gehörende Schreibmaschine und Briefkasten zu entweihen, außerdem dem Hauptkassier ein dort untergelegtes Jahrbuch.

# Streikbeschluß der Gemeindearbeiter

Bonze Rose stücht mit einigen Anhängern aus der äußerst stark besuchten Versammlung / Einheitsliche Kampffront unter Führung der KGD

Seiten war eine Betriebsversammlung so gut besucht wie diese, 800 bis 1000 Straßbahner waren anwesend. Die reformistisch-christliche Mehrheit verlor, mit der nachstehenden Tagesordnung:

1. Bericht über stattgefundene Verhandlungen mit der Direktion
2. Ausrufung
3. Betriebsangelegenheiten.

die nicht ein Wort von Lohnkampf enthielt, um diese für die gesamte Arbeiterchaft so wichtige Frage heranzukommen.

Der Betriebsratsvorsitzende, der mit Hilfe der reformistischen Betriebsräte gewählte Christ Kiebel, berichtete über die Verhandlungen mit der Direktion und verurteilte, den Straßbahner begreiflich zu machen, warum jetzt erst diese schon lange nötig gewesene Versammlung stattfindet. Er versichert, daß die reformistisch-christliche Mehrheit nur unter dem Druck der KGD, die in wenigen Tagen durch Unterschriftenammlung weit über die notwendige Anzahl von Unterschriften erholt, diese Versammlung stattfinden läßt. Kiebel verliest die Anträge der KGD, welche vom Betriebsrat angenommen wurden. Diese waren:

40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, Weiterbeschäftigung der Sonntags-Aushilfsfahrer, Abbau von drei Direktoren, Herabsetzung der Gehälter auf 5000 RM, jährlich und einige andere Punkte. Die verlesene Antwort der Direktion lautet diese Anträge ab.

Kiebel berichtet weiter, daß das Defizit der Straßbahner im letzten Betriebsjahre 461 000 Mark betrug. Es sollen deshalb weitere 5000 Wagenkilometer täglich gekürzt werden. Die Folge ist, daß erneut 50 Straßbahner arbeitslos werden. Er gibt weiter ein Schreiben des Betriebsrates bekannt, in welchem der Direktion schlechte Betriebsführung und mangelhafte Wagenverteilung bei großen Veranstaltungen vorgeworfen werden. Im weiteren Verlauf des Berichtes verliert er sich in Einzelheiten und statistischem Material. Danach sollen Linien eingezogen und weitere wesentliche gekürzt werden.

Kiebel erklärt dann, daß er noch einiges zum Lohnabbau sagen wolle, obwohl das eigentlich Sache der Gewerkschaftsversammlungen wäre. Ein Referat könne er noch nicht mitteilen, er hätte nur das Ergebnis der Verhandlungen im Rundfunk gehört. Er versichert aber, was er gehört hätte. Trotzdem machte er den Versuch, die Stellung der Gewerkschaftsbürokratie zu rechtfertigen. Der Widerspruch der Straßbahner löst jedoch Kiebel schnell darüber hinweggehen.

An der Ausrufung spricht als erster Kollege, kürzlich begrüßt, ein Mitglied der KGD, der das Ergebnis der Berliner Verhandlungen bekannt gibt und dabei erklärt, daß die vom Arbeiteratonsvorsitzenden Weber verlangte Einigkeit und Geschlossenheit durch solche Verhandlungen verhindert wird. Das Berliner Ergebnis zeigt, daß die reformistische Bürokratie die Gewerkschaften von Lohnabbau zu Lohnabbau gemäßigteren gemacht hat. Unter kürzlichem Beifall erklärte er, daß diese Gewerkschaftsvertreter für die Arbeiterchaft als ihre Unterhändler nicht mehr in Frage kommen. Das internationale Kapital versucht auf Kosten der Arbeiter aus der Krise herauszukommen. Mit Klauen und Schurken — oft von Beifall unterbrochen — Worten feinschnitten er den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie und den schließlichen Hungertod der herrschenden Klasse. Der Redner stellte weiter fest, daß die jetzt als Hungerlöhne bezeichneten Löhne der Reichsarbeiter von den Gewerkschaften mit Gewalt und Wiffen als Reichsminister abgeklaffen wurden. Unter ungeheurem Beifall gibt er auf einen Zwischenruf hin das Ziel des roten Proletariats bekannt: Die Bourgeoisie läßt durch ihren Minister erklären, daß sie ganz hart am Abgrund vorbeigekommen ist. Die Arbeiterchaft hat die Aufgabe, dieses System in den Abgrund zu stürzen, daß nicht ein Hund wieder herauskommt. Er verliest dann die an anderer Stelle veröffentlichte Entschließung.

Die Entschließung wurde mit Bravour und Heiligkeit aufgenommen. Der Redner gibt dann kurz die Ziele und Wege der KGD bekannt. Er erklärte, daß nach dem „Arbeitertag“ der SPD in Leipzig der „Apothekertag“ der KGD

## Berschärfte Maßnahmen gegen die proletarischen politischen Gefangenen in den sächf. Strafanstalten

In den letzten Tagen veröffentlichten die Zeitungen die ungeheuerliche Tatsache, daß in Polen die proletarischen politischen Gefangenen jeglicher Rechte, die sie als solche schon immer hatten, beraubt werden und sie wie gewöhnliche kriminelle Verbrecher behandelt werden sollen.

Diese Tat des faschistischen Plünder-Regimes will man scheinbar auch in Deutschland nachahmen. Jedenfalls sind die reaktionären Gefangenenverwaltungen schon auf dem besten Wege hierzu. So erhielt z. B. die Bezirksleitung der Roten Hilfe von der Gefangenenverwaltung in Saagen nachfolgendes Schreiben, auf Grund dessen es unteren Gefangenenobmann in Saagen, der ab und zu die proletarischen politischen Gefangenen besuchen konnte, unmöglich gemacht werden soll, diese Tätigkeit weiter auszuüben.

St. 512 a. GB. Saagen, Vereinte Gefangenen-Anstalten, am 17. August 1931.

An das Sekretariat der Roten Hilfe Deutschlands Bezirk Saagen, Dresden A 1.

Unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 11. Dezember 1930 teile ich Ihnen mit, daß mich die Rücksicht auf Ordnung und Sicherheit der mir unterstellten Anstalten dazu zwingt, bis auf weiteres keinen Vertreter der „Roten Hilfe“ mehr zu besuchen Gefangener zuzulassen. Diese Maßnahme hängt nicht mit Person des Herrn Weber, sondern damit zusammen, wie die „Rote Hilfe“ und er als ihr Vertreter ihre Aufgabe ausführt. Näheres kann ich Ihnen aus denselben Gründen nicht sagen.

Der Anstaltsvorstand: gez. Dr. Eichler

In derselben Linie liegt uns eine Meldung aus Leipzig vor, wo gleichfalls einer Genossen, die jahrelang das Recht hatte die proletarischen Gefangenen zu besuchen, auch hier ihr der Besuch von den Staatsanwälten verweigert wird.

Eine andere Ungerechtheit, die so recht den als „human“ gepriesenen Strafollzug bezeichnen ist folgende, daß, wie uns von Angehörigen politischer Gefangener mitgeteilt wird, vom dem Geld, das die Gefangenen für den Lebensunterhalt verdienen müssen, Klagen gemacht werden sollen, damit sie nicht freigelassen werden, nicht der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen. Bei der Entlassung, die für die Gefangenen-Arbeit bezahlt wird, soll, der weiß, daß ein solches Vorgehen bedeutet, daß die Gefangenen gezwungen werden sollen, wenn sie

in Frankfurt folgen wird. Dort werden die Fellen und Wägen für den Kapitalismus zusammengebrochen werden. Unter diesem stehenden Beifall der Kollegen Straßbahner schloß der Arbeit der KGD.

Es spricht dann der Angestellte der christlichen Gewerkschaften unterstreichen — versucht, die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu verteidigen. Seine weiteren Ausführungen blieben wegen des Widerspruchs der Kollegen unverständlich.

Nach ihm verurteilte der Bonzenanwärter Petrus die Situation zu retten. Seine dauernden Proklamationen stießen auf den Widerstand der empörten Straßbahner. Er erklärte, daß sie als Betriebsräte die Kollegen geladen hätten, er mit ihnen zu beraten, wie man am besten über die Krise hinwegkomme, und daß über die Lohnfrage nur die Gewerkschaften entscheiden, und daß diese die Arbeiter zu entscheiden haben. Er forderte die Kollegen auf, die „Rote Hilfe“ zu bewahren und im nächsten Jahr bei der Betriebsratswahl freigezwungene Mitgliedschaft zu wählen.

Ein anderer christlicher Kollege stellt die Frage, wie die Betriebsräte selbst an den jetzigen Verhältnissen leben können. Die Betriebsräte haben der Direktion Verständnis schenken können, denn diese müssen doch nicht für alles verantwortlich sein, denn diese müssen doch der Gesamtarbeiterchaft dienen.

Der folgende Redner, der für die KGD spricht, wagt in Sand des Geschäftsberichtes der Direktion, daß der Gehaltsabzug nicht so schlecht ist, wie er hingestellt wird, sondern daß durch Bilanzmaßnahmen der Ueberfluß verschleiert wird. Er schlägt mit der Aufforderung, der von den reformistischen Gewerkschaften propagierten „Einigkeit!“ die rote Einheit des Lohnkampfes gegenüberzustellen.

Der nächste Redner spricht ebenfalls im Sinne der KGD und teilt Einzelheiten aus den Verhandlungen des Betriebsrates und der Direktion mit. Der Redner feinschnitten den Vertreter der Gesamtarbeiterchaft, Hermann Kiebel, der im Jahre 1916-17 revolutionäre Arbeiter dem Regime konzentrierte, damit diese in den Schützengraben durch den Höllenangst werden sollten. Diese Feststellungen lösten eine ungeheure Erregung unter den Kollegen aus.

„Kamerad mit Kiebel! Schlug!“

Als nächster spricht der Angehörige, der Verhandlungen stellte Kiebel. Er erklärt auch hier wieder, daß das Verbot des Betriebsrates auf Entlassung von Direktoren als „Hörsinn“ seien. Er wagt aber nicht, die Verhandlungen zu verlegen und stellt Major und KGD auf eine Stufe. Ein ungeheurer Tumult setzte darauf ein, der sich heigert, die KGD wird, daß Kiebel in einem demotischen Reden, daß er bei Strafe angegriffen wurde, daß er auf der verkehrten Seite der Straßbahner einsteigen wollte.

Als Kiebel weiterzuprohen, verlangten die Straßbahner kürzlich seinen Abtritt. Der Betriebsratsvorsitzende versucht Kiebel Gehör zu verschaffen. Es ist ihm unmöglich, da er lauter röhrt die Kufe: „Kamerad mit Kiebel! Schlug! Schlug!“ Kiebel lächelt noch einige Worte, die aber niemand versteht. Dieren Umstand benutzt die Verammlungsleitung, um die Versammlung vorzeitig zu schließen. Sie verläßt Richtung mit einigen Anhängern des Plünderns den Saal.

Die Versammlung wurde sofort von der KGD, welche des Saal für eine weitere Versammlung gemietet hatte, sofort führt und die Kampfschließung nach einigen kurzen Worten von Vertretern der KGD unter ungeheurer Beifallung einstimmig angenommen.

Wie fuzzen, anferndenen Worten, die nochmals den Inhalt der Situation und die Bedeutung der Annahme der Beschlüsse feststellen, wurde die Versammlung geschlossen.

Es wurde festgestellt, daß der christliche Betriebsratsvorsitzende Kiebel und der reformistische Betriebsratsvorsitzende Weber unter dem Druck der Versammlung für den Saal kimmten. Raam war die Versammlung geschlossen, als die Beamten von den Beamten bewachte Polizei über erste Verhältnisse nach dem Regierheim entliefen. Sie fand aber keine Möglichkeit zum Eingreifen.

Nach außer der geringen Gefängnislohn noch durch Arbeitsentwurf etwas hinzuzufügen könnten, auch dieser geringe Betrag zur Zinsicht gemacht werden soll. Hinzu kommt noch, daß in einigen Fällen proletarischen politischen Gefangenen, von dem über durch die Rote Hilfe überwiesenen Geld der ihrer Entlassung einhalb dieses durch die proletarische Solidarität der Arbeiterchaft übermiesere zur Zahlung von Gerichtsfohlen einbehalten wurde.

Von einem entlassenen politischen Gefangenen aus Saagen erzielten mit eine Mitteilung, daß während der Zeit der Anwesenheit den Gefangenen erklärt wurde, daß sie jetzt von den überwiesenen Geldern der Roten Hilfe keine Sondervergütungen empfangen könnten, da auch sie mit dazu beitragen müßten, die Anwesenheit zu beenden.

Die oben angeführten Dinge zeigen, daß die Verhältnisse der Lage auch von den reaktionären Gefängnisverwaltungen ausgenutzt wird, ihren Kamp gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und gegen die proletarischen politischen Gefangenen auszuspielen. Das verpflichtet die gesamte Arbeiterchaft zu einer gesteigerten Tätigkeit im Kampf gegen den barbarischen Straßvöllzug und mit der Roten Hilfe gemeinsam um die Rettung der politischen Gefangenen zu kämpfen.

## Deutscher Außenhandel geht zurück

Die Schrumpfung im deutschen Außenhandel hat sich im Juli weiter fortgesetzt. Die Höhe der Einfuhr belief sich auf nur 562 Millionen Mark gegen 607 Millionen Mark im Juni 1931 und 599 Millionen Mark im Juli 1930. Am höchsten war der Rückgang an Rohstoffeinfuhr (daran allein minus 12 Millionen bei Wolle) und Lebensmitteln (minus 5,8 Millionen bei Gemüsen, minus 5,5 Millionen bei Eiern, minus 3,2 Millionen bei Getreidemehl). Die Ausfuhr weist demgegenüber einen verhältnismäßig hohen Stand auf, erklärt durch die infolge der Arrie vorgenommenen Exportförderung, nämlich 525 Millionen Mark gegen 747 Millionen im Juni und 599 Millionen im Juli 1930. An erster Stelle steht die Zunahme von Maschinen (12,22 Millionen), Chemikalien (plus 10 Millionen), Textilien (plus 9 Millionen). Die Ausfuhr übersteigt die Einfuhr 265 Millionen Mark.

Trotz angestrengtester Schufferei nur

# 1.36 Akkordverdienst pro Woche

Sundeldöhne, unmenschliche Antreiberei und Maßregelungen führten zum Streik

(Arbeiterfotografen 1675)

Wie bereits berichtet, sind am Freitag früh die Rotkondensatorkarbeiter beim Straßenbahnerübertragungsbau Coswig-Weißhübel gestreikt.

Der Streik ist zurückzuführen auf die unerhörten Antreiberei- und Ausbeutungsmethoden durch die Firma Seifert, Dresden, welche dort die Bauarbeiten ausführt. Neben den unerhörten Ausbeutungsmethoden werden die dort beschäftigten Arbeiter noch durch allerhand „leibliche Kosenamen“ bedacht. Hierbei tut sich besonders der Schwächmoller Artur hervor, der mit seinem Kinaldo-Minadimi-Gütel geradezu in schamloser Art und Weise gegen die Arbeiter vorgeht.

Unter anderem mühten vier Arbeiter 18 Meter lange Straßenbahnschienen transportieren. Eine Zumutung, die erst einmal den hauptsächlichsten Bestimmungen widerspricht und die nur von einem Menschen angedreht werden kann, der vollständig verzerrt ist.

Obwohl es Rotkondensatorkarbeiten sind, wird tüchtig im Afford geschunden. Für Erdarbeiten gibt es im Afford für eine Kipp-

bährliche Kollie spielte dieser Boms bei der Versammlung mit dem Unternehmer. Ohne überhaupt die Belegschaft zu fragen, was los ist, begab er sich mit zwei Belegierten zur Verhandlung. Gleichzeitig wurde durch einstimmigen Beschluss der Streikenden ein Vertreter der RGD zur Verhandlung geschickt. Schmidt erklärte nun vom Unternehmer, daß er nicht an der Verhandlung teilnehmen, so lange der Vertreter der RGD anwesend sei! Hierbei zeigt sich wieder ganz offen die Verräterrolle der sozial-

falschlichen Verhandlungsbotsen. Das Ergebnis der Verhandlung sah auch danach aus. Lediglich der jetzt entlassene SPD-Kollege für den die Belegschaft hauptsächlich in den Streik getreten ist, sollte sofort wieder eingestellt werden. Und unter diesen Bedingungen sollten die Kollegen die Arbeit wieder aufnehmen.

Die Kollegen werden allein durch Festigung ihrer geschlossenen Streikfront unter Führung der RGD liegen.

## SPD-Führer muß abtreten!

Unter der Empörung der geschädigten kleinen Beamten

Der sozialdemokratische Präsident der Bremer Bürgerschaft, Johann Dierich, hat jetzt unter der Empörung der von ihm geschädigten kleinen Beamten seine Komiker niederlegen müssen. Alle Verluste der öffentlichen SPD-Bürokratie, diesen Mann zu betten, waren vergeblich.

Dierich war Aufsichtsratsmitglied bei der Bremer Beamtenbank, die jetzt zusammengebrochen ist, wodurch zahllose kleine Beamte ihre Spargehälter verlor. Die Direktion der Bremer Beamtenbank hat vor einigen Jahren dem Aufsichtsratsmitglied Dierich mitgeteilt, daß sie aus Mitteln der Bank einen Posten kapitalistischer Papiere gekauft habe, deren Zinsverträglichkeit Dierich zuzulassen lasse. Dierich hat sich dieses Geschenk gefallen lassen, obwohl die Beamtenbank wahrlich nichts zu verdienen hatte. Außerdem ist nun bei den betreffenden Papieren ein schwerer Kursverlust entstanden, der schließlich zum Zusammenbruch der Bank beigetragen hat. Der Herr Dierich trägt erneut das wahre Gesicht der SPD-Führer.

Es lohnt sich, einen Blick auf die politische Entwicklung der SPD in den letzten Jahren zu werfen. Die SPD hat in den letzten Jahren eine enorme Entwicklung erreicht. Sie hat die Massen der Arbeiter gewonnen und die Arbeiterbewegung in Deutschland zu einer einzigen Kraft gemacht. Dies ist ein großer Erfolg, der der SPD zu verdanken ist.

Lore 55 Pfennig. Für diese 55 Pfennig müßten 3 Mann eine Vorklade, etwa 100 Meter weglieben und wieder aufkippen. Durch immer weitere Drängelung der Affordläufe ist es soweit gekommen, daß die Arbeiter der ersten Vorklader ganzer 1,36 Mark über den Stundenlohn verdient haben. Bei den Affordarbeiten ist ein Vorklader bis über 50 Prozent vorgezogen worden, obendrein wurden dann die so erzielten Prozente als faule Schweine verteilt! In Hand der Lohnkassen läßt sich aber nachweisen, wie vollständig die Arbeiterlosigkeit bis zum Weltkrieg gestiegen worden ist.

Der tarifmäßige Stundenlohn beträgt 94 Pfennig, aber nur 71 Pfennig wurden vom Bauunternehmer bezahlt. Einem Kollegen gab man letzters nur 58 Pfennig, bei seinem Vorstellen wurden wurde ihm im Büro erklärt, daß er mit seinen Leistungen nachgefallen habe!!!

So könnte man noch eine ganze Reihe von Fällen anführen, die davon zeugen, daß hier ein wahres Ausbeuterparadies besteht.

Auch in häuslicher Hinsicht müht hier bei dieser Firma ein Proleten horrende Gehälter. Der Frühstückstis, die Kollegen nennen ihn Oelbude, in diesem kann man kaum einem Schwein zumuten seine Mahlzeiten einzunehmen. Oel- und Fleischhälften ein alter Oien, der natürlich nicht dazu da ist, daß die Arbeiter ihn Essen wärmen können. In neben einer Menge übrigen Unrat das Mobiliar des Frühstückstisches.

Kollegen, die sich gegen all diese Schweinereien wandten, wurden strafflos entlassen. Bei der dritten Entlassung war das noch nicht der Fall. Einstimmig wurde der Streik beschlossen. Die RGD hatte hier eingegriffen. Eine Streikleitung aus oppositionellen Kollegen wurde einstimmig gewählt. Am Freitag früh erschienen nun ungezogen (nur ein Kollege hat ihn angefordert) der Bomschmidt vom Bauergewerksbund Dresden. Seine erste Maßnahme war der Versuch, die einseitige Streikleitung zu verpulvern, indem er einen Trennungsschritt zwischen Organisatorien und Unorganisierten vorschlug. Durch das geschlossene Vultreten der Streikenden wurde dieser schändliche Versuch vereitelt. Eine er-

## Alle RGD-Mitglieder rüsten zum 17. Internat. Jugendtag!



Alle Jungarbeiter, Jungarbeiterinnen, alle revolutionären Arbeiter und Arbeiterinnen tragen dieses Abzeichen zum 17. Internationalen Jugendtag. Jeder Jungkommunist verleiht dieses Abzeichen, wo er steht und geht. Kein Jungprolet ohne

Alle Jungarbeiter, Jungarbeiterinnen, alle revolutionären Arbeiter und Arbeiterinnen tragen dieses Abzeichen zum 17. Internationalen Jugendtag. Jeder Jungkommunist verleiht dieses Abzeichen, wo er steht und geht. Kein Jungprolet ohne

## Abzeichen zum 17. Internationalen Jugendtag

vom KJVD Sachsen. Der Preis beträgt 20 Pf. Ortsgruppen des KJVD und alle Massenjugendorganisationen bestellen die Abzeichen beim KJVD, Bezirk Sachsen, Dresden, Konkordienstraße 48.

## Zum Kongreß der Lohnabbau-Bonzen

### Bürokratie log in Hamburg „Erfolge“

So haben die ADSB-Bonzen auch belogen und betrogen / Frankfurt wird den Verrat fortsetzen

Auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß haben die sozialdemokratischen Führer der Lohnabbau-Bonzen am 5. September 1925 die Hauptresolution beschlossen, in der es wörtlich heißt:

„Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich auf dem Kapitalbesitz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit. Die Demokratisierung der Wirtschaft erfolgt schrittweise mit der immer deutlicher sichtbaren Strukturwandlung des Kapitalismus, Lebensmittel- und sonstiger Wirtschaftszweige werden bereits in der kapitalistischen Gegenwart in steigendem Maße von der privaten in die öffentliche Hand überführt. Die Arbeitsbedingungen hängen nicht nur allein von der Freiheit des Marktes ab, die für den Arbeiter schlimmste Unfreiheit bedeutet. Sie werden gesteuert unter dem zunehmenden Einfluß der Gewerkschaften und mitgeformt von Gesetzen, die der demokratische Staat gegen die Freiheit der Ausbeutung erlassen muß. Auch eine Wandlung des Eigentumsrechtes ist in ihren Anfängen sichtbar. Diese Anläufe der Neuordnung erleichtern es der Arbeiterklasse, die Demokratisierung der Wirtschaft weiterhin in beschleunigtem Tempo zu fordern.“

Das magten die ADSB-Bonzen vor 3 Jahren den Arbeitern aufzählen. Dabei war schon im Sommer 1923 ein ständiges Heer von 2 Millionen Arbeitlosen vorhanden und die Unternehmerrückfälle war schon in ein verhängnisvolles Stadium getreten.

Über die verlogene Resolution haben die ADSB-Kongreß beschlossen, um die Arbeitermassen, die noch unter ihrem Einfluß standen, vom Kampf gegen den Lohnabbau, vom Kampf gegen Unterwerfung abzulenken. Unter der Parole der Wirtschaftsdemokratie haben die ADSB-Bonzen jeden kapitalistischen Kampf unterstellt.

Fraucht es heute, was die kapitalistische Diktatur offen und mit der größten Brutalität ausgeübt wird, nach langer Warte, um der Arbeiterklasse zu zeigen, in wie trecher Weise die ADSB-

Bürokratie auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß die Arbeiter verleugern wollte. Schon vor 3 Jahren konnte auch ein einfacher Arbeiter die Diktatur des Monopolkapitalismus klar erkennen. Was die Wirtschaftsdemokratie ausbleibt, in die die ADSB-Führer die Arbeiter führen will, nicht heute auch der letzte SPD-Arbeiter: Lohnabbau, Abbau der Arbeitslosenunterstützungen, rückwärtige, kapitalistische Nationalisierung, 5 Millionen Arbeitlose, unbeschreibliches Elend des werktätigen Volkes. Schon vor 3 Jahren war auch die Entkommunifizierung der öffentlichen Betriebe in vollem Gange, inzwischen wurden Hunderte von Betrieben an das Privatkapital verrentet, und heute überliefert auch der prußische Staat große Werte weit unter dem tatsächlichen Wert an privatkapitalistische Unternehmer.

Dafür, daß die ADSB-Bonzen dem Unternehmertum beim Lohnabbau geholfen haben, bemitleiden sie sich aus den Beitragsbüchern der Arbeiter Niedriggehälter, verschleuderten sie die Verbandsvermögen, so daß heute logat die Verbandsunterstützungen

Gebt ihnen die richtige Antwort! Formiert die Kampftruppen unter Führung der RGD!

## Arbeitsgerichtsurteil gegen Streikfreiheit

Die SPD-Führer haben diese Gesetze beschlossen

Vor ungefähr einem Jahr nahm die Bremer Firma Schautenhaus und Linne mann einen unerhörten Lohnabbau vor. Die Arbeiter dieses Metallbetriebes lehnten sich gegen diesen Lohnraub mit der Waffe des Streiks zur Wehr, und um nicht ganz den Einfluß auf die Belegschaft zu verlieren, funktionierte die SPD-Partei diesen Streik. Daraufhin verlangte der Unternehmerverband der Nordwest-Metallindustrie den DWA auf Schadenersatz in der Höhe von 7000 Mark. Da Berlin Sitz des Hauptverbandes des DWA, ist, hatte das Arbeitsgericht Berlin die Entscheidung über die Klage zu fällen. Am 20. August wurde das Urteil gefällt, entsprechend der Unternehmerklage wurde der DWA, verurteilt, 7000 Mark Schadenersatz an den Unternehmerverband zu zahlen. In der Urteilsbegründung heißt es:

„Es handelt sich im wesentlichen um die Frage des Umfanges der tariflichen Friedenspflicht bei kollektiver Herabsetzung über tariflicher Verdienste. Das Gericht hält für erwiesen, daß der DWA, insbesondere durch Aufrufe und Organisierung eines Streikpöbels die Sperrung über die Bremer Firma Schautenhaus und Linne mann verhängt hat, obgleich die Firma bereit war, zu tariflicher, wenn auch herabgesetzten Löhnen, arbeiten zu lassen.“

Das ist ein weiterer Vorstoß der Arbeitsgerichte gegen die Streikfreiheit, alarmierend für die gesamte Arbeiterklasse. Aber das die Gerichte es wagen können, den Arbeitern logat das Recht zum Streik zu bestreiten, daran sind die SPD-Führer in vollem Maße mitschuldig. Das Arbeitsgericht Berlin küßt kein Urteil auf die Schlächterbank. Diese Schlächterbank wurde aber von den SPD-Führern mitbesteuert. Abtötlich wurden diese Gesetze so reaktionär gefaßt, um den Lohnabbau zu fördern ein Monopol auf Abschluß von Tarifverträgen zu liefern und die RGD als Verhandlungsfunktionär auszuscheiden. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie war es besonders, die gegen die Arbeiter, wenn sie gegen den Lohnraub streikten, eine wilde Dege entfalten. Die Führer der Lohnabbau-Gewerkschaften haben in den letzten Jahren überhaupt keine größeren Streiks mehr geführt, sie haben stattdessen auf die Vernichtung der Streikfreiheit hingearbeitet, indem sie Volksmeinung gegen streikende Arbeiter forberiten und herbeiführten. Das Urteil des Berliner Arbeitsgerichts richtet sich gegen alle Arbeiter, die gegen den Lohnabbau sich wehren wollen.

Die Führer der Lohnabbau-Gewerkschaften können und wollen das Recht auf Streik nicht verteidigen. Die Verteilung der Streikfreiheit kann nur durch die Massen der Arbeiter erreicht werden unter Führung der RGD, indem die Arbeiter überall die Parole beschlagen: Streik gegen jeden Lohnabbau, Streik gegen alle Verschlechterungen!

## Kapitalistenblatt fordert:

### Arbeiter sollen den Bankrott „spüren“

Im Berliner Tageblatt vom Sonntag, macht der „Demokrat“ Stolper Vorschläge zur Rettung des bankrotten Kapitalismus. Die größte Befürchtung dieses „Demokraten“ ist, daß das Heer der Erwerbslosen nicht mehr länger „hilflos“ wird. Deshalb verlangt er, daß alle Erwerbslosen unterstützt werden, natürlich auf dem Niveau der Wohlfahrtsunterstützung. Er verlangt eine Vereinfachung der Arbeitslosenversicherung. Der Kernpunkt seines Vorschlages ist, daß die noch beschäftigten Arbeiter durch Abzüge an ihrem Lohn für die Erhaltung der Erwerbslosen auskommen. Er führt unter anderem aus:

„Oh dies, jedes der acht Millionen Arbeitslose aus öffentlichen Mitteln erhalten werden müssen, ist grundsätzlich doppelte; Wir müssen eben sie schaffen einen größeren Teil des erarbeiteten Sozialprodukts für die unglücklich Arbeitslosen abzugeben. Die Arbeitenden müssen unwillkürlich von ihrem Einkommen für diejenigen abzugeben, die vom Arbeitsprozess ausgeschlossen sind.“

Das Opfer, das den Arbeitenden damit zugemutet wird, muß mit der wirtschaftlichen Entwicklung schwanken. Geht es bergab, so können die Beiträge herabgesetzt werden, geht es höher, so müssen sie erhöht werden. Aber alle Arbeitenden sollen an ihrem persönlichen Schicksal spüren, wie es um die Gesamtwirtschaft bestellt ist.“

Das Niveau der Lebenshaltung, auf das die werktätigen Massen sinken werden, damit die Krise des Kapitalismus überwinden werde, charakterisiert Stolper genäht so daß die Massen

„Ihre Hauptnahrung in Brot und Kartoffeln suchen müssen.“ Das einzige, das es für die Massen fordert, ist die Senkung der Brot- und Kartoffelpreise, die ein mehrfaches betragen, als der englische oder gallische Arbeiter bezahlen muß.“

Da der Brot- und Kartoffelpreis eine direkte Subvention an die Großkapitalisten darstellt, macht Stolper den menschenfreundlichen Vorschlag, den Großkapitalisten anstelle der 30% Subventionen in Partei... geben.

„Glaubt man, auf Subventionen nicht verzichten zu können, so gebe man sie in Barm.“

Somit der „demokratische“ Wirtschaftspolitiker Stolper. Die Arbeiter sollen es fühlen, wie es um die kapitalistische Wirtschaft bestellt ist. Die Arbeiter sollen es schon längst. Brot und Kartoffeln sind für Millionen schon heute die Hauptnahrung geworden und viele haben auch diese Lebensmittel nicht einmal in ausreichendem Maße, indes die Großkapitalisten die Lebensmittel, vor allem Getreide, zurückhalten, um ein Sinken der Preise zu verhindern.

Die Arbeiter haben ein größeres Recht zum Leben, als die Börsenspekulanten, die nichts tun und auslehnenden Aktionäre und Dividendenhändler. Die Frage ist für die Arbeiterklasse nicht, acht Millionen Erwerbslose dadurch zu erhalten, daß man ihnen Brot und Kartoffeln gibt, sondern die Frage ist, allen Arbeitern Arbeit und Brot und was dazu gehört, zu geben. Die Kapitalisten sind unfähig, diese Aufgabe zu lösen. Es ist Zeit für sie, abzutreten. Nur, wenn die Betriebe in den Händen der Arbeiter, der Grund und Boden in Besitz des arbeitenden Volkes ist, wenn der kapitalistische Staat ersetzt ist durch den proletarischen Staat, kann diese Aufgabe gelöst werden, so, wie sie in der Komposition gelöst worden ist, wo es keine Erwerbslosen mehr gibt, wo alle, die arbeiten wollen, ihre gewöhnliche Existenz haben.

# England vor dem Abgrund

Das halboffizielle WTB, meldet aus London, daß mit der Möglichkeit des Rücktritts Macdonalds gerechnet wird. Unter dem Druck der Massenmeinung hat der Generalrat der Gewerkschaften endlich gewagt, dem 2-Milliarden-„Spar“-Programm seiner Regierung zuzustimmen. Diese jüngsten Vorgänge sind der Ausdruck der tiefgehenden Erschütterung des englischen Kapitalismus in den letzten Wochen, des Niedergangs des einst weltbeherrschenden Imperialismus und des vollkommenen Bankrotts der englischen Sozialdemokratie.

Der nachfolgende Artikel der Moskauer „Trawda“ vom 18. August gibt eine außerordentlich plastische Darstellung der Besonderheiten der englischen Krise.

Die Führer der drei Parteien des britischen Imperialismus — der Konventionen, der Liberalen und der „Arbeiter“-Partei — beraten über Maßnahmen „der Wirtschaft“. Eine Kommission von Bankiers präsentiert der „Arbeiter“-Regierung die Forderungen der CIO. Eine besondere Kommission des Ministerrats überprüft Vorschläge der Kommission Wells für die Maßnahmen, die zur Ausbalancierung des Budgets notwendig sind. Der Finanzminister Snowden studiert den Bericht und die Vorschläge der Kommission Mac Millan über die Krankheiten des englischen Finanzsystems und ihrer Heilung.

Alle Parteien des Imperialismus, die gesamte Presse, greifen die Lösung des „Arbeiter“-Ministers Snowden auf, der zufolge „Opfer gebracht werden müssen“, was in Wirklichkeit bedeutet, daß die Arbeiter zugunsten der Bourgeoisie Opfer bringen sollen. Alle Weltböden verfolgen voller Unruhe die Fortschritte der Finanzminister. Am Sterlingskurs bemühen sie sich, die Schwere der Krankheit des englischen Kapitalismus zu ernennen.

Die Bank von England war gezwungen, sich an die Bank von Frankreich und an die Unionbank der Vereinigten Staaten zu wenden, um eine Anleihe zur Stärkung des Sterling-Kurses zu erhalten. Die Geldmärkte der Bank von England schrumpfen zusammen; die bürgerliche Presse diskutiert über die Frage, ob sich in der nächsten CIO nicht eine Geld- und Kreditkrise entwickelt, ähnlich der, wie sie in Deutschland zum Ausdruck gekommen ist.

England droht eine Finanzkrise. Die „Arbeiter“-Regierung versucht, alle Kräfte gegen die Arbeiterklasse zu mobilisieren, um den englischen Imperialismus nach den Anweisungen der Bankiers zu „heilen“. Nicht nur die deutsche Sozialdemokratie betrachtet und betrachtet es als ihre Aufgabe, den Kapitalismus zu „kurieren“, nicht nur die österreichische Sozialdemokratie führt und führt den Kampf um die Rettung der verkauften Banken und Unternehmen, sondern auch die „Arbeiter“-Regierung Englands war und ist eifrig bemüht, den englischen Imperialismus „gesund“ zu machen.

Obwohl trotz aller Anstrengungen der sozialdemokratischen Mediziner verschlechtert sich die Lage des „Kranken“ zusehends. Die ersten Demerschläge der Kredit- und Geldkrise, die im Verlauf der unmittelbar aneinander Industralie- und Agrarindustrie losbrachen, hatten in Deutschland wider. Die Geld- und Kreditkrise wurde zu einem internationalen Problem, als in Deutschland Mitte Juli die Banken und Sparkassen ihre Türen schlossen. Die Ereignisse auf dem deutschen Geldmarkt haben den Anteil für die Entwicklung der Geld- und Kreditkrise in Ungarn, Lettland, Rumänien und zum Teil in Polen und Spanien. Jetzt zeigen sich auch in der Schweiz und Holland die ersten großen Zusammenstöße.

Zur selben Zeit entfaltete sich die Geld- und Kreditkrise in Südamerika, Chile, Peru, Bolivien und Uruguay haben schon den Staatsbankrott erklärt. In Australien bemühte sich die dortige „Arbeiter“-Regierung, den Staatsbankrott (in Neu-Süd-Wales) aufzuhalten.

Kannache folgen den im Weltkrieg besiegten Ländern und den kleineren Staaten die Siegerländer — in erster Linie England. England ist eine bedeutende imperialistische Großmacht mit riesigen Kolonialbesitz. Die Kapitalinvestitionen Englands im Ausland sind noch immer größer als die amerikanischen. Die Wirkungssphäre des englischen Finanzkapitals in der Schiffahrt, im Versicherungswesen, in der Finanzierung des Handels ist noch

immer größer als die Wirkungssphäre des amerikanischen Finanzkapitals. Aber eben deshalb, weil England gewaltige Kapitalien im Ausland angelegt hat, wirkt sich die Weltkrise in der englischen Wirtschaft besonders scharf aus.

Nach dem Kräfte verdrängt New York London als führende Geldmacht an die zweite Stelle. Jetzt verdrängt Paris London an den dritten Platz.

Nach dem Kräfte überflügeln die Vereinigten Staaten England auf dem Gebiete des Außenhandelsumsatzes. 1930 wird England durch Deutschland an den dritten Platz gedrängt. Der Außenhandel Englands erreichte nicht mehr den Vorkriegsstand und hat sich in den letzten Jahren katastrophal verringert. Von Jahr zu Jahr wächst die Passivität der Handelsbilanz und vermindert sich die Aktivität der Zahlungsbilanz. Die Einkünfte aus den alten Kapitalanlagen, aus der Ausübung der Kolonien, aus der Schiffahrt, aus dem Versicherungswesen und aus anderen Quellen deckten im Jahre 1930 kaum die Passivität der Handelsbilanz. Die Aktivität der Zahlungsbilanz betrug im Jahre 1930 nur 31 Millionen Pfund Sterling, während man für das Jahr 1931 damit rechnet, daß sie passiv bleiben wird.

Die Milliarden, die in den Kolonien, in den Dominions und in den abhängigen Ländern und überhaupt im Ausland angelegt sind, „ziehen“ immer mehr ein. Eine Anzahl lateinamerikanischer Länder, Australien, Kanada, Deutschland, Ungarn, Oesterreich usw. sind außerstande, die Amortisationen und Zinsen ihrer Schulden zu begleichen. Ein großer Teil von Unternehmen, Plantagen, Eisenbahnen, die in den Kolonien im Betrieb sind, bringen nur noch verringerte Gewinne, die immer schneller zusammenschrumpfen, teilweise arbeiten sie mit großen Verlusten. Die ungedeckten Vorräte an Baumwolle, Kautschuk, an Tee und anderen Produkten aus den Kolonien, die gewaltigen Vorräte an Textilwaren, Kohle usw. zementieren sich in schnellstem Tempo.

Aber die entscheidenden ökonomischen Faktoren, die England in den Abgrund treiben, sind in England selbst vorhanden. Die Hauptzweige der englischen Industrie, die früher einmal die Basis für die englische Weltmacht gebildet haben, die Kohlen-, Textil- und Schiffbauindustrie, die Metallindustrie und der Maschinenbau, verlieren rasch an Bedeutung. Die gewaltige Handelsflotte wird kaum zur Hälfte ausgenutzt. Die neuen Industriezweige, die während der letzten Jahre entstanden sind, die Chemie, Elektro- und Automobilindustrie, die Erzeugung von Kunstseide, sind ebenfalls auf befristete durch die Krise betroffen. Die Kurse des Frachtverkehrs auf den Eisenbahnen fällt. Die Versicherungsgesellschaften

wirtschaften schwer. Die Industrie, Transport- und Seefahrtswirtschaften werden durch die Krise des Weltkapitalismus in den Abgrund getrieben.

Die Kommission Mac Millan stellte fest, daß allein die Kreditlinie der Industrie rund 1 Milliarde Pfund Sterling, 4 bis 5 Milliarden Goldmark betragen, wobei in den am meisten von der Krise betroffenen Industriezweigen — in der Textil-, Kohlen- und Metallindustrie — über 200 Millionen Pfund Sterling „kollabieren“ sind. Ein bedeutender Teil der „eingestrichenen“ Kreditlinie der Industrie gemährt worden waren, sind „eingestrichen“, die Rückzahlung der kurzfristigen französischen, holländischen, amerikanischen und anderen Kredite sowie die Krise in Deutschland, die die Entwicklung der Krise in England nur verschärft hat.

Die „Arbeiter“-Regierung versucht jetzt, außerordentliche Maßnahmen zur „Heilung“ des englischen Kapitalismus nachzuahmen. Die Bankiers aus der CIO zeigen ihr den Weg, befristet, den Generalangriff gegen die Arbeiterklasse zu organisieren. Denn es handelt sich nicht nur darum, den Kapitalismus durch Einsetzung der Arbeitslosenunterstützung, durch Schließung von Schulen und Krankenhäusern, durch Herabsetzung des Gehalts einzelner Kategorien von Beamten, durch Einstellung der öffentlichen Arbeiten usw. zu heilen. Es handelt sich um den Generalangriff auf das Lebenshaltungsnetz der Arbeiterklasse, auf die sozialen Errungenschaften des englischen Proletariats.

Die „Arbeiter“-Partei und die reformistischen Gewerkschaften werden diesen Angriff durchführen, weil er für die englische Bourgeoisie notwendig ist. Die Konventionen und Liberalen unterstützen die „Linke“ innerhalb der Labour Party, die Umkehrung der „Arbeiter“-Partei, die „Linke“ innerhalb der Gewerkschaften. Sie alle machen jede nur mögliche Anstrengung, um die Kräfte der Arbeiterklasse zu desorganisieren und somit dem Angriff gegen sie zum Erfolg zu verhelfen.

Die kommunistische Partei Großbritanniens steht vor den gewaltigen Aufgaben. In England sind große Kämpfe zu erwarten. Wenn die kommunistische Partei werden, ihre Verbindung mit den Massen zu stärken, zu entwickeln, Organisations der Massenbewegung zu werden, die „Klassenbewegung“ zu entfalten, die anwachsenden Streikbewegungen zu führen, so wird die Gruppe der bedürftlichen Klassenbewegung der Beginn eines Prozesses sein, in dem sich die kommunistische Partei Englands in eine Massenpartei des englischen Proletariats, in einer schlußartigen Kämpfer für die proletarische Diktatur verwandelt wird.

## Neue Siege der Roten Armeen in China

Schanghai, 22. August. (Eig. Meldung.) Der neue Feldzug der Roten Armee gegen die Weißen Armeeen ist erfolgreich. Die Roten Truppen, die keine Verluste erlitten und ihre Streitkräfte stetig vermehren, haben erhebliche Vermögensgegenstände erbeutet. Rote Armeen drangen in den Norden der Provinz Szechuan und in die Provinz Sichuan ein. Kommunistische Truppen Szechuan und sicheres Gebiet des Provinz Szechuan in weiten Teilen der Provinz Szechuan.

## Die Sowjetunion an zweiter Stelle der Ölproduktion

Berlin, 22. August. (Eig. Meldung.) Der letzte Monatsbericht der internationalen Kartellkonferenz bringt eine Zusammenfassung der Produktionszahlen in der Petroleum-Industrie, welche den großen Ausschlag der Sowjetischen Petroleumindustrie zeigt. Danach hat Sowjetrußland, während in allen

kapitalistischen Ländern, mit alleiniger Ausnahme Rumäniens, ein starker Rückgang der Ölproduktion erfolgte, keine Produktion in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres auf 40.984.000 Tonnen gegenüber 47.885.000 Tonnen für die entsprechende Zeit des Vorjahres erhöht. Besonders wird hervorgehoben, daß die russische Rohölproduktion im ersten Vierteljahr 1931 4.443 Millionen Tonnen oder 132 Prozent der Vorkriegsmenge betragen hat, die Ausbeute an Benzin sogar 551.900 Tonnen oder 151,2 Prozent.

## Blutige Mezelei auf Kuba

New York, 21. August. Aus dem Gebiet der kubanischen Unruhebewegung wird von einem fürchterlichen Blutbad berichtet, das etwa 3000 Mann der kubanischen Bandenstruppen unter einer Truppe von 600 bis 700 Aufständischen im Hofe von Gibara angerichtet haben. Von den Aufständischen, unter denen sich Deutsche, Amerikaner, Polen und Mexikaner befanden, sind alle bis auf einen Rest von 35 Mann durch Artilleriebeschüsse und Maschinengewehrfeuer niedergetrieben worden.

Schäfer Steuererhöhung in USA. Die Wirtschaftskrise der USA, wirkt sich natürlich auch in einem Rückgang der Steuereinnahmen aus, der für das abgelaufene Finanzjahr 600 Millionen Dollar beträgt. Die Einkommensteuern allein zeigen einen Ausfall von 550 Millionen Dollar. Das Steuerdefizit im neuen Finanzjahr wird noch größer sein.

## Die neue Ausgabe

**soeben erschienen!**

**Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates**

In diese wird in der Reihe der Elementarbücher des Kommunismus der Band 23, Artedris Engels „Ursprung“, erscheinen. Diese Ausgabe hat gegenüber der bei Dietz herausgegebenen zwei nicht unbedeutende Vorteile: 1. Ist im Anhang ein von Engels für die „Neue Welt“ verfaßter und einmalig im Dezember 1892 veröffentlichter Beitrag „Ein neuerer Fall der Gruppenethik“ (auf der Insel Sokhalin) enthalten. 2. Ist es das Elementarbuch 154 Seiten stark und nur 2 Mark geb. 3 Mark, während das alte Buch für 3,50 verkauft. Hinzu kommt, daß die Dietz'sche Ausgabe jetzt vergriffen ist und der Verlag, mit Rücksicht auf die nächste Weltwirtschaftskrise keinen Neudruck be-

absichtigt. Wir haben also für das neue Elementarbuch überaus günstige Vertriebsmöglichkeiten.

Engels „Ursprung“ ist ein unentbehrliches Quellen- und Schulungsbuch für unsere marxistisch-leninistische Propaganda. Das im Jahre 1884 erschienene Werk hat wissenschaftlich bahnbrechend gewirkt, hat unzähligen Proletariats einen günstigen Einblick in die Geschichte der Menschheit vermittelt. Es hat Lenin noch 1917 das theoretische Hauptmaterial zu seiner Vorausarbeitung der marxistischen Staatslehre geliefert. In sei-

Briefbogen  
Rechnungen  
Mitteilungen  
Briefumschläge  
Geschäfts- und Besuchskarten  
Familien- drucksachen  
Neudrag  
Güterbahnhofstr. 2  
Hesse, Scheffeler, 13. P. I. — 19, 83.

**ANZEIGEN**  
haben den denkbar besten Erfolg in der ARBEITERSTIMME.

dem Buch „Staat und Revolution“ verweist er des öfteren auf Engels „Ursprung“. Es ist verwunderlich, daß der sozialdemokratische Verlag kein Interesse an einem Neudruck hat. Ist doch Engels Schrift eine schlagende Widerlegung der sozialdemokratischen Staatstheorie.

Das Buch ist mit erläuternden Vorbemerkungen, Anmerkungen und einem Fremdwörterverzeichnis von Dr. Hermann Thier herausgegeben und im Internationalen Arbeiterbezirk erschienen.

**KVD**

**Neue Kartoffeln**  
Pfund **3 1/2** Pf.

**Konsumverein Abgabe nur an Mitglieder**

**VORWÄRTS**